

Die Halle monatlich für zwei Monate... 22.50 M., durch die Post monatlich... 25 M., vierteljährlich... 24.75 M.

Zaunk-Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Die 36 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restlinien... 2.50 Mark.

Nr. 378.

Halle, Montag, den 15. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Schluss der Pariser Konferenz.

Deutschland und der Völkerbund.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die französischen und englischen Zeitungen, die durch den Beschluss des Obersten Rates, dem Völkerbund das oberste Problem zur Prüfung zu überweisen, nicht minder übertrahen wurden wie alle Welt, sind nunmehr voll von Betrachtungen über die Folgen des Beschlusses für die Entente-Politik der Zukunft.

Unzweifelhaft ist, daß dieser Lösungserfolg eine nicht abzuschätzende Vergrößerung der Entscheidung bedeutet. Zwar hat der französische Ministerpräsident Briand dem gegenwärtigen Vorliegen des Völkerbundes die Entscheidung des Obersten Rates sofort übermitteln und ihn gebeten, den Völkerbundrat sobald wie möglich zusammenzurufen.

Deutschland verbleiben. Alles in allem ist also klar, daß das deutsche Volk keinen Anlaß zum Jubel über den Ausgang der Pariser Konferenz hat. Nur die verzweifelnde Stimmung der letzten Wochen dürfte jetzt eine Berechtigung mehr haben.

Die Benachrichtigung Deutschlands.

Der Oberste Rat hat Sonntagabend dem deutschen Geschäftsträger in Paris nachdes von Briand geschicktes Schreiben mit Datum vom 13. 8. überliefert.

Herr Geschäftsträger!

In Anbetracht der Schwierigkeit, welche die Festlegung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen in Dberzschleichen bietet, hat der Oberste Rat die Entscheidung welche ihm in dieser Hinsicht gemäß Art. 88 des Vertrages von Versailles... Der Oberste Rat ist sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Entscheidung zu würdigen wissen wird, die ihm dazu geführt hat, eine überflüssige Lösung abzulehnen.

Die Schlussfassung des Obersten Rates.

Ueber die Sonnabend-Nachmittagsfassung des Obersten Rates verbreitet Havas eine ausführlichere Mitteilungen, der wir noch entnehmen:

Die Sitzung war durch die Befragung der Befehlshaber und der Sanktionen ausgefallen. Der Oberste Rat beschloß darauf, sowohl die Frage der Befehlshaber als auch die der Zivilkommissionen durch einen Ausschuss unteruchen zu lassen, der bis zum 1. November bestimmte Vorschläge unterbreiten soll.

Die Befragungen wandten sich dann den Sanktionen zu. Loucheur gab eine Darstellung der Angelegenheit und erinnerte an die Erklärung vom 9. März d. J., nach der Voraussetzungen für die Aufhebung der in Rede stehenden Zwangsmaßnahmen die Zustimmung der deutschen Bevölkerung hinsichtlich der Entlassung der Reparationen und der Befreiung der Besatzungsbefehlshaber sei. Loucheur wies darauf hin, daß die Entlassung anlangt, Verträge vorgekommen seien, darunter namentlich die Dekretierung in Oberschlesien.

In seiner Antwort teilte Lord Curzon die Sanktionen von einer anderen Seite her. Sie müßten nach ihm in vollem Umfang aufgehoben werden, da Deutschland das Minimum der Alliierten angenommen hat. Curzon verweist, daß die Sanktionen und die Befreiung der Besatzungsbefehlshaber, der Reparationen und die Wiedereinführung tatsächlicher Haftbefehle hat, auch hinsichtlich der Kriegsschuldigen korrekt gewesen sei.

Darauf erwiderte Briand das Wort. Die Alliierten seien sich darüber klar gewesen, daß der Besieger Vertrag niemals durch Deutschland ausgeführt werde, wenn es nicht durch die Sanktionen dazu gezwungen werde. Bis am 9. März 1921 in London dieser Bescheid erfolgte, habe der Oberste Rat in einer Resolution in aller Form erklärt, daß die Sanktionen erst dann ein Ende nehmen würden, wenn sie zu einer befriedigenden, von den Alliierten akzeptierten Regelung der Reparationen, der Entlassung und der Befreiung der Kriegsschuldigen geführt hätten.

Im Mai, als die Alliierten sich darüber klar geworden seien, daß Deutschland hinsichtlich die Zahlung der Reparationen verweigerte, habe Frankreich die Befreiung der Sanktionen durch Bezahlung des Rubragrabites vorschlagen. Es sei kein Zweifel, daß die deutsche öffentliche Meinung im ganzen genommen damals noch nicht begriffen habe, daß der Krieg von den Alliierten gewonnen sei. Es sei notwendig gewesen, die Sanktionen zu demonstrieren, um in der Frage der Reparationen die Ausübung der Verbindungen zu erlangen. Die Wirkung der Mobilisierung einer französischen Jahresklasse sei unmittelbar eingetreten. Das Kabinett sei zurückgetreten und durch Dr. Wirth ersetzt worden, der sich bemühe, die Verpflichtungen seiner Regierung erfüllen zu ermöglichen. Die erneuerte Zahlung Frankreichs und seiner Verbündeten habe als ein günstiges Ereignis gewirkt. Nach Ansicht der französischen Regierung hätten die Sanktionen einen Gehalt zweifelt, und wenn die Ergebnisse, für die sie im März eingeleitet worden seien, erreicht wären, würde Frankreich selber die Aufhebung der militärischen sowie der wirtschaftlichen Sanktionen vorschlagen.

Die militärischen Sanktionen werden aufrechterhalten. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden aufgehoben. Ihre Aufhebung wird am 15. September in Kraft treten unter folgenden Bedingungen: a) die Wiedereinführung am 31. August (eine Milliarde Goldmark) wird von Deutschland völlig befreit, b) es wird eine alliierte Christiana ins Leben gerufen, um die Einzahlungsleistungen für Reparationen der alliierten Länder in dem bestmöglichen Maße zu übernehmen.

Der Oberste Rat hat dann, bevor er sich trennte, auf dem Vorstoß von Briand und mit warmer Billigung aller anderen Mitglieder des Rates folgende Tagesordnung angenommen: Bei Verhandlung seiner Arbeiten legt der Oberste Rat Wert darauf, wiederum seinen Willen zu betonen, den engen Zusammenhang zwischen den Alliierten aufrechtzuerhalten, der, wie er glaubt, mehr denn je für den Frieden der Welt unerlässlich ist.

Zu Beginn der Sitzung teilte Loucheur dem Obersten Rat über die Arbeiten der internationalen Finanzkommission Bericht erstattet. Bei dieser Gelegenheit empfand sich eine Erörterung über die Frage der Rollen der Befehlshaber. Der Oberste Rat nahm eine Resolution an, nach welcher die Reparationskommission die Befehle erhält, wenn die Pflichten nicht erfüllt werden, zu einem Schiedsgericht zu greifen, wenn darüber und über die Wahl des Schiedsrichters einstimmig erzielt wird.

Die Sitzung des Obersten Rates wurde darauf geschlossen.

Nitti über Entente-Politik.

Nach langer Pause spricht wieder Nitti durch die United Press über Oberschlesien und den europäischen Frieden. Der obergeschlesische Konflikt sei kein Zwischenfall, sondern das bedeutendste Ereignis nach Versailles und beweise, daß nicht Rechtsbegriffe, sondern alle Paßgeföhle viele Interessen der Verbandspolitik leiteten, wenn man auch noch von Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit lale. In allen Siegerstaaten habe der Gewaltigeit über den Rechtsgebanen gestiegt.

